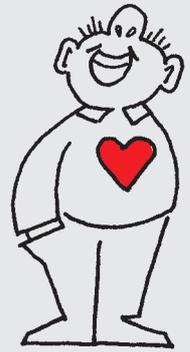


# MALXE BLATT

*mit Herz und Schnauze*



12 / 2008

## **DIE LINKE.** -Zeitung für Forst und Umgebung

### Eine Frage der Wahrnehmung



Die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung 2008 zeigte deutlich, wie unterschiedlich man die Lebenssituation in unserer Stadt wahrnehmen kann. Der Bürgermeister

wollte Optimismus verbreiten und verlor offensichtlich den Blick für die Realitäten. Die Verleihung des Preises als bester Wirtschaftsförderer 2008 musste schließlich auch begründet werden.

Das Engagement der Mitarbeiter im Rathaus ist ja nicht von der Hand zu weisen und anerkennenswert. Nur, wenn die Landesregierung einer Stadt so einen Preis verleiht, nachdem sie mindestens fünfzehn Jahre jede wirtschaftliche Entwicklung erschwert hat, dann ist das ein Hohn. Das Innenministerium gehört zu den Preisverleihern. Gleichzeitig hat dieses Ministerium nach der Haushaltsprüfung der Stadt einen Forderungskatalog zur Haushaltsanierung vorgelegt, der einer Bankrott-erklärung der Stadt gleichkommt. Wir haben ein strukturelles jährliches Defizit von mindestens 2,5 Millionen Euro. Das heißt, die Stadt kann selbst ihre Pflichtaufgaben mit den vorhandenen Einnahmen seit Jahren nicht mehr erfüllen. Es wird gefordert, jährlich 3,5 Millionen Euro einzusparen und uns angedroht, keine weiteren Zuschüsse mehr vom Land zu zahlen, wenn diesem Ansinnen nicht Folge geleistet wird. Praktisch bedeutet dies, öffentliche Einrichtungen zu schließen, Zuschüsse für Vereine und freiwillige Aufgaben zu streichen, das Essengeld an Schulen und Kitas deutlich zu erhöhen, das Personal der Stadtverwaltung drastisch zu reduzieren und vieles mehr. Damit könnte Forst auf lange Sicht seine Aufgabe als Mittelzentrum und Kreisstadt nicht mehr erfüllen. Warum aber ist dies nun so. Haben wir in unserer Stadt das Geld mit vollen Händen rausgeworfen? Natürlich nicht. Das wäre rein rechtlich auch gar nicht möglich gewesen. Wenn aber eine Stadt nach 1990 völlig deindustrialisiert wurde und bis heute kaum neue Arbeitsplätze geschaffen

werden konnten, gibt es eben auch keine Steuereinnahmen. Ein Vergleich mit Spremberg ist hier besonders interessant. Beide Städte haben vergleichbare Einwohnerzahlen und eine ähnliche Fläche. Der wesentliche Unterschied aber besteht in einem einzigen Punkt. Zu Spremberg gehört der Wirtschaftsstandort Schwarze Pumpe. Hier zahlt Vattenfall jährlich Millionen an Gewerbesteuern. In Forst hatten wir im Jahr 2006 rund 6 Millionen Euro Gewerbesteuererinnahmen, in Spremberg dagegen sind es 23 Millionen. Wenn wir uns den Standort Schwarze Pumpe mal für drei Jahre ausleihen könnten, wäre der Forster Haushalt vollständig saniert. Weitere Beispiele lassen sich selbst im Spree-Neiße-Kreis finden. So »musste« die Gemeinde Teichland, auf deren Flächen das Kraftwerk Jänschwalde steht, sich eine Sommerrodelbahn leisten, um das viele Steuergeld wieder unter die Bürger zu bringen. Die Stadt Peitz direkt daneben kämpft aber mit einem ähnlichen Haushaltsdefizit wie Forst und bekommt auch gerade die Knebel des Innenministeriums angelegt.

Wie könnte nun eine Lösung im Land aussehen? Wir brauchen dringend einen kommunalen Finanzausgleich. Nur dann können solche langfristig gewachsenen Unterschiede in Brandenburg ausgeglichen werden. Die Landesregierung denkt aber offensichtlich nicht daran, hier tätig zu werden. Es könnte dann auch dazu führen, dass Mittel aus dem Landeshaushalt eingesetzt werden müssten und der schöne ausgeglichene Landeshaushalt nicht zu halten wäre. Dafür nimmt man lieber den Verfall ganzer Regionen in Kauf. In Sachsen reagiert man anders auf diese Situation. Dort wurden finanzielle Ausgleichsmaßnahmen ergriffen. In Potsdam dauert der Denkprozess wahrscheinlich noch deutlich länger. Nun hat die SPD bei den letzten Kommunalwahlen extra Landesminister in die Stadt- und Kreisparlamente entsandt. Damit könnten die Probleme direkt am Kabinetttisch von Herrn Platzeck ankommen. Aber vielleicht trauen sich die Minister nicht, denn in 10 Monaten sollen die Jobs ja neu vergeben werden und wer will dann schon vergessen werden.

**Liebe Leserinnen und Leser,**

wieder geht ein ereignisreiches Jahr seinem Ende entgegen.

Unsere kleine Zeitung wünscht allen ein ruhiges, friedliches und besinnliches Weihnachtsfest.

Bleiben Sie gesund und weiter neugierig auf uns.

**Anke Schwarzenberg**  
OV Die Linke

**Ingo Paeschke**  
SVV-Fraktion Die Linke

**Helga Neumann**  
AG »Malxe-Blatt«



### Wichtige Beschlüsse der Sitzung der SVV am 5.12.08

#### Neues Konzept für das Hallenbad

- längere Öffnungszeiten, mehr Personal und ein Jahresdefizit von 367.000 Euro
- wie lange die Schwimmhalle erhalten bleibt, ist dabei völlig offen
- wir haben **trotzdem zugestimmt**, weil wir die Schwimmhalle für zwingend notwendig halten

#### Jahresabschluss Abwasserbeseitigung

- im Jahr 2007 wurde ein leichter Überschuss von 58.000 Euro erreicht, damit kann der Abwasserpreis bei Einleitung in das Kanalnetz vorerst mit 3,20 Euro stabil bleiben
- die Fraktion hat **zugestimmt**

#### Mobile Abwasserentsorgung

- hier mussten die Preise leicht erhöht werden, weil die notwendige Ausschreibung der Transportleistungen zu höheren Kosten geführt hat
- neues Abfuhrunternehmen ist für 2009/10 die Firma Lidzba Reinigungsgesellschaft
- **Zustimmung** der Fraktion

## Wichtige Beschlüsse ...

(Fortsetzung von Seite 1)

### Schulbezirkssatzung für Einschulungen 2009

- es wird in den städtischen Schulen sechs 1. Klassen geben, jeweils zwei in Mitte und Nordstadt und jeweils eine in Keune und Noßdorf
- **Zustimmung** der Fraktion

### Erhöhung der Grundsteuer abgelehnt

- die Mehrheit der SVV hat mit unseren Stimmen die Erhöhung abgelehnt
- der Bürgermeister will diesen Beschluss wieder aufheben, weil diese Erhöhung bereits im Haushaltssicherungskonzept für 2008 enthalten ist
- wir haben dieses Haushaltssicherungskonzept damals abgelehnt, weil die Zusatzeinnahme von 25.000 Euro im Jahr keine Verbesserung der Haushaltssituation bedeutet, sondern ausschließlich die Bürger belastet. Wenn ein Gesamtkonzept unsere grundsätzlichen Strukturprobleme lösen würde, wäre eine solche Erhöhung als Abschluss noch nachvollziehbar.
- unsere Fraktion hat **abgelehnt**

**Ingo Paeschke,**  
Vorsitzender der Fraktion Die Linke  
der SVV Forst

## Gegen den Strom in die Rezession

»Die CDU-Vorsitzende und Kanzlerin findet keine Antwort auf die Weltwirtschaftskrise. Schlimmer noch, sie sucht sie nicht einmal. Mit ihrer Politik der kalten Hand treibt sie Deutschland immer tiefer in die Rezession«, kritisiert der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Oskar Lafontaine, den Auftritt von Angela Merkel beim CDU-Parteitag.

Merkels hinhaltender Widerstand gegen ein Konjunkturprogramm, das internationalen Vergleichen standhalten kann, ist unverantwortlich. Während reihum Konzerne Entlassungen in großem Maßstab ankündigen, spielt die Kanzlerin auf Zeit. Angela Merkel trägt damit direkt die Schuld für die zunehmende Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr. Nach dem deutschen Sonderweg sinkender Reallöhne in den letzten Jahren droht die neuerliche Eigenbrötelei der CDU-Vorsitzenden Deutschland endgültig zu isolieren. Erst durften die anderen Industrieländer die deutschen Exportüberschüsse bezahlen, nun sollen sie mit ihren Konjunkturprogrammen dafür sorgen, dass der Exportmotor nicht allzu sehr ins Stottern kommt, während die Regierung Merkel eigene Anstrengungen weitgehend verweigert. Unterlassene Hilfeleistung wird im Strafrecht geahndet. In der Politik müssen dies die Wählerinnen und Wähler tun. Angela Merkel verdient die rote Karte.

**Oskar Lafontaine,**  
Vorsitzender der Partei DIE LINKE

## Leserbrief:

### Weiterbildungsveranstaltung der Hartz-IV-Behörde im Hotel »Zur Bleiche«

Meine Empörung über die Weiterbildungsveranstaltung der Hartz-IV-Behörde in einem der teuersten Hotels unserer Region kennt keine Grenzen. Während bei Hartz-IV-Empfängern über Heiz- und Betriebskosten gestritten wird, Bewerbungskosten zum Teil nicht übernommen werden, das Geld für Kabellehnen gestrichen wird, finden Weiterbildungsveranstaltungen in der Wellness-Oase in Burg statt.

Das ist an moralischer Verwerflichkeit kaum noch zu überbieten.

Für Weiterbildungsveranstaltungen gibt es im Raum Forst Räumlichkeiten, die auch für eine so sensible Behörde angemessen sind. Hier sind noch längst nicht alle Fragen geklärt.

Mir wirft sich die Frage auf, mit welchen Hotels noch Kontakte geknüpft wurden, wenn ausgerechnet die »Bleiche« das billigste Hotel sein soll?

Ich hoffe, der Rechnungsprüfungsausschuss behält diesen Vorfall zur Prüfung im Auge. Von den Abgeordneten des Kreistages erwarte ich, dass der Hartz-IV-Beirat wieder eingeführt wird.

Wer kontrolliert eigentlich den Eigen-

betrieb für Grundsicherung? Kontrolle scheint mir hier dringend geboten.

Herr Friese betonte, dass Herr Kostrewa ehrenamtlich die Funktion des Werkleiters des Eigenbetriebes übernommen hat. Das ist kein Ehrenamt. Herr Kostrewa hat als Dezentern zusätzlich die Aufgabe als Werkleiter des o.g. Eigenbetriebes übernommen. Und als Dezentern bekommt er Gehalt. Ehrenamtliche arbeiten nach ihrer regulären Arbeitszeit oder in der Freizeit ohne Vergütung. Ist das bei Herrn Kostrewa der Fall?

Es muss auch nicht betont werden, dass Herr Kostrewa die Kosten für den Hotelbesuch privat bezahlt. Das war sicher so nicht geplant, ist aber das Mindeste was man erwarten kann.

**Elke Krättsch**

## Spruch des Monats

»Behörden sind Hürden,  
die alles Mögliche behindern.«

**Klaus Klages**

## Wie steht es um die Klage gegen die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens?



Diese Frage erreicht uns immer wieder. Hier folgende Informationen:

Die Klage im Zusammenhang mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

zur Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens besteht aus zwei Klageverfahren.

### 1. Klageverfahren: Verletzung der Rechte von Stadtverordneten

Bei einem Bürgerbegehren müssen eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Person oder mehrere stellvertretende Personen benannt sein. Die drei stellvertretenden Vertrauenspersonen waren bzw. sind Stadtverordnete.

Diese drei Stadtverordneten wurden in der Stadtverordnetenversammlung Forst am 12.09.08, als es um den Tagesordnungspunkt »Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens« ging, als befangen erklärt und damit von der Beschlussfassung ausgeschlossen.

Das Klageverfahren beschäftigt sich mit der Rechtmäßigkeit der Erklärung zur Befangenheit dieser drei Stadtverordneten.

### 2. Klageverfahren: Zulässigkeit des Bürgerbegehrens

In diesem Verfahren geht es um die Feststellung zur Rechtmäßigkeit des durch die Stadtverordneten gefassten Beschlusses zur Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens.

Beide Verfahren sind im Verwaltungsgericht Cottbus anhängig. Leider ist nicht abzusehen, wann diese Klagen verhandelt werden.

Auch ist uns bis jetzt kein Genehmigungsbescheid der Unteren Kommunalaufsicht (Landkreis Spree-Neiße) zum Verkauf der Stadtwerke bekannt. Spannend wird dabei die Frage sein, ob der Rückkaufpreis für die Schwimmhalle in dieser Größenordnung genehmigt ist.

In einem Punkt hat sich die Untere Kommunalaufsicht geäußert, nämlich, dass der Verkaufserlös vom Verkauf der Stadtwerke in den Kommunalhaushalt für die Deckung des Defizits genutzt werden muss und nicht für das Betreiben der Schwimmhalle zurückgelegt werden kann. Aus haushaltsrechtlichen Gründen war diese Auflage zu erwarten. Sie ist keine Überraschung für uns.

Es bleibt also abzuwarten, wie das Verwaltungsgericht entscheidet.

**Anke Schwarzenberg,**  
Ortsvorsitzende Die Linke

## Rentenangleichung Ost mit Trittbrettfahrern



**Ohne DIE LINKE – das kann man mit Fug und Recht sagen – würde die Angleichung der ostdeutschen Renten ans Westniveau nicht so intensiv diskutiert, wie das gegenwärtig der Fall ist. Das ist auch gut so. Fast 20 Jahre nach der Einheit ist es untragbar, dass ein Rentenpunkt Ost noch immer 12 Prozent weniger wert ist als ein Rentenpunkt West.** Diese Benachteiligung betrifft nicht nur die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Alle, die jetzt in den neuen Ländern sozialversichert beschäftigt sind, werden im Alter zu spüren bekommen, dass ihre Rentenpunkte niedriger bewertet werden als die Rentenpunkte im Westen. Die Bundesregierung wie auch die Länderregierungen im Osten weigern sich hier zu handeln. Ihnen ist die Rentenangleichung zu kompliziert oder zu teuer. Geht es nach ihnen, müssen die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger vermutlich bis zum Jahr 2050 auf die Angleichung warten. DIE LINKE hatte im Oktober 2007 ihren Antrag zur Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert West (Drs.16/6734) eingebracht. Bis 2012, so unser Vorschlag, könnte mit Hilfe eines Stufenplans in diesem Punkt die Renteneinheit erreicht werden. Diese Initiative erfreut

sich politischer Trittbrettfahrer. Mittlerweile haben auch die Fraktionen von FDP und Bündnis90/Die Grünen Anträge zu den Ost-Renten eingebracht. Diese FDP will im Jahr 2010 die Werte, mit denen in der Sozialversicherung gerechnet wird – also auch den Rentenwert - vereinheitlichen. Dies würde für den Westen eine Schlechterstellung bedeuten, aber auch für den Osten, weil dort zugleich die jetzt noch geltende Höherwertung der Einkommen wegfallen soll. Die Grünen wollen – wie die FDP – einheitliche Bezugsgrößen bei der Rentenberechnung, diese schon ab 2009. Dazu soll es eine steuerfinanzierte Höherbewertung der Rentenpunkte geben, allerdings nur noch für Geringverdienende.

Beide Vorschläge kann DIE LINKE nicht mittragen, auch weil sie letzten Endes das Ziel haben, die Kosten für die Rentenangleichung Ost nach unten zu drücken. Diese würde – wie eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE ergab – ab 2012 jährlich rund 6 Milliarden Euro kosten, einschließlich übrigens der Beibehaltung der Höherbewertung. Auch wenn unser Antrag von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde, bleiben wir dabei: Ohne die rasche Angleichung des Rentenwerts Ost ans Westniveau kann es keine Rentengerechtigkeit und keine grundgesetzlich vorgeschriebenen gleichwertigen Lebensverhältnisse geben.

*Dagmar Enkelmann, MdB,  
Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE.*

**Wenn die Börsenkurse fallen,**  
regt sich Kummer fast bei allen,  
aber manche blühen auf:  
Ihr Rezept heißt Leerverkauf.

Keck verhökern diese Knaben  
Dinge, die sie gar nicht haben,  
treten selbst den Absturz los,  
den sie brauchen – echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten  
tun sie sich mit Derivaten:  
Wenn Papier den Wert frisiert,  
wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen,  
haben Sparer nichts zu lachen,  
und die Hypothek aufs Haus  
heißt, Bewohner müssen raus.

Trifft's hingegen große Banken,  
kommt die ganze Welt ins Wanken –  
auch die Spekulantenbrut  
zittert jetzt um Hab und Gut!

Soll man das System gefährden?  
Da muss eingeschritten werden:  
Der Gewinn, der bleibt privat,  
die Verluste kauft der Staat.

Dazu braucht der Staat Kredite,  
und das bringt erneut Profite,  
hat man doch in jenem Land  
die Regierung in der Hand.

Für die Zechen dieser Frechen  
hat der Kleine Mann zu blechen  
und – das ist das Feine ja –  
nicht nur in Amerika!

Und wenn Kurse wieder steigen,  
fängt von vorne an der Reigen –  
ist halt Umverteilung pur,  
stets in eine Richtung nur.

Aber sollten sich die Massen  
das mal nimmer bieten lassen,  
ist der Ausweg längst bedacht:  
Dann wird bisschen Krieg gemacht.

*(Kurt Tucholsky, 1930,  
veröffentlicht in »Die Weltbühne«)*



## Der Bundesgeschäftsführer meint

**Presseerklärungen von Dietmar Bartsch  
zu aktuellen Themen**

### Hochmut kommt vor dem Fall

**Die Bundesagentur für Arbeit erwartet aufgrund der Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung im kommenden Jahr ein Defizit von knapp 6 Milliarden Euro.**

Allen Warnungen zum Trotz hat die Große Koalition die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durchgedrückt – und das zu einem Zeitpunkt, als sich Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise als sehr reale Gefahr bereits abzeichneten. Alle Prognosen, alle wirtschaftswissenschaftlichen Aussagen prophezeien für 2009 eine wirtschaftlich gefährliche Situation und einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit für das kommende Jahr erwartet demnach statt Überschüssen ein Milliardendefizit.

Auch ohne Wirtschaftskrise hat DIE LINKE die Absenkung des Beitrages als falsches Signal gewertet, darauf verwiesen, dass gerade der Osten dringend arbeitsmarktpolitische Instrumente und Maßnahmen benötigt – hier al-

so nicht gespart werden darf. Effektive Beschäftigungsprogramme und weitsichtige Arbeitsmarktpolitik sind nur mit der entsprechenden Finanzausstattung möglich. Völlig verantwortungslos im Handeln hat die Regierungskoalition diese Forderungen beiseite gefegt. Eine minimale Entlastung der Bürger war ihr wichtiger, als Sorge und Vorsorge für Millionen Arbeitslose. Diese Verantwortungslosigkeit wird sich im kommenden Jahr rächen.

### Halbherziger Vorstoß

**Der niedersächsische CDU-Innenminister will über die Änderung des Parteiengesetzes der NPD die staatlichen Zuschüsse entziehen.**

Zuerst haben die CDU-Innenminister ein erneutes NPD-Verbotsverfahren blockiert, jetzt versuchen sie über eine Änderung des Grundgesetzes die NPD von der Parteienfinanzierung auszuschließen. Grundlage dafür soll der Nachweis von »Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung« sein. Dieser Weg ist halbherzig. Wenn einer Partei wie der NPD verfassungsfeindliche

Aktivitäten nachgewiesen werden können, dann gehört sie verboten. Denn die deutsche Verfassung trennt zu Recht zwischen legalen und verbotenen Parteien. Halbverbotene Parteien gibt es nicht. Darüber hinaus besteht mit der beabsichtigten Änderung des Grundgesetzes die Gefahr einer Grauzone, die dem Missbrauch Tür und Tor öffnen kann.

In der Sache stimmt DIE LINKE zu: Es darf nicht sein, dass mit staatlichen Geldern rechtsextremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten gefördert werden. Besser als über den Umweg einer »Lex NPD« sollten sich die Innenminister endlich über den Abzug der V-Leute einigen und ein Verbot der NPD auf den Weg bringen. Dies ist der richtige Weg. Ein Verbot der NPD ersetzt nicht die inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremem, antisemitischem und fremdenfeindlichem Gedankengut. Die Stärke der Nazis ist die Schwäche der demokratischen Parteien. Dafür brauchen wir in erster Linie eine Stärkung der Zivilgesellschaft und das gemeinsame parteiübergreifende Handeln aller demokratischen Parteien.

## Petra Paus Newsletter

### »Pro Reli« will das Miteinander spalten

**Der Zentralrat der Katholiken hat mehr politische Unterstützung für das Berliner Volksbegehren Pro Reli angemahnt.**

»Pro Reli« fordert »Freie Wahl« zwischen dem Religionsunterricht und dem Pflichtfach Ethik. Mit diesem Motto verschleiert sie das eigentliche Problem. Gäbe es an Berliner Schulen die Wahl zwischen Ethik und Religion, dann wäre das Fach Ethik schlicht hinfällig. Insofern argumentiert »Pro Reli« höchst egoistisch, knapp am 8. Gebot vorbei. Das Fach Ethik soll gerade die verschiedensten Religionen und Kulturen zusammenführen, allemal in einer multikulturellen Metropole, wie Berlin. »Pro Reli« will das angestrebte Miteinander wieder spalten und nennt das »Freiheit«. Dafür habe ich politisch keinerlei Verständnis.

### Parlamentsvorbehalt für Polizeieinsätze im Ausland

**Die Bundesregierung erwägt im Kampf gegen die Piraterie vor Somalia auch Bundespolizisten einzusetzen.**

Immer häufiger werden Angehörige der Bundespolizei weltweit in Krisenregionen eingesetzt. Das bekräftigt meine Forderung: Auch Auslandseinsätze der Bundespolizei müssen endlich einem Vorbehalt des Parlamentes unterliegen.

Sie dürfen nicht länger am Bundestag vorbei einfach dienstlich angewiesen werden.

### Niemand hat die Absicht, Nacktscanner einzusetzen

**Die Bundesregierung will weiterhin sogenannte Nacktscanner testen lassen.**

Noch vor Wochen ließ die Bundesregierung verlauten: »Niemand hat die Absicht, Nacktscanner einzusetzen.« Nun heißt es: Man wolle erst prüfen, ob »bei dieser Kontrollmaßnahme die Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben«. Mein Vorschlag: Die staatliche Peepshow bei Regierungsflügen testen und die Ergebnisse bei »Wetten, dass ...« präsentieren.

### Wer fliegt, wird als Verbrecher behandelt

**Die EU plant, nach USA-Vorbild Passagierdaten auf Vorrat zu speichern.**

Demnach sollen Daten aus 18 »Informationsfeldern« bis zu zehn Jahre lang gespeichert und für Fahndungszwecke, für Persönlichkeitsprofile und für die Verbrechensbekämpfung genutzt werden. Kurzum: Wer künftig fliegt, wird als potenzieller Verbrecher behandelt. Diese Logik verkehrt jedes Rechtsstaatsprinzip ins Gegenteil. Gleichwohl sei das Vorhaben bereits mit den Innenministern der EU-Staaten abgestimmt, heißt es, also auch mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble.

*(Petra Paus ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)*

## PINNWAND

### Termin

Di., 16.12., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54  
**DIE LINKE.-Ortsvorstandssitzung**

Mo., 12.01., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54  
**AG »Malxe-Blatt«**

Di., 20.01., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54  
**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst**

Mi., 21.01., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54  
**AG »Soziales«**

### Ansprechend

Auf dem jüngsten Bildungsgipfel haben die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder verbindliche Sprachtests vor der Einschulung vereinbart. Man erhoffe sich von dieser Maßnahme, dass das Niveau der Bundestagsdebatten spätestens bis zum Jahr 2050 spürbar steigen wird. **MK**

### Verdummung

Der Krankenkassenbeitrag steigt im nächsten Jahr auf 15,5%. Für mich ist er dann 3,2% höher als bisher. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt um 0,5%. Bravo, das gleicht die Steigerung des Krankenkassenbeitrages aus! Sagt die Politik. Offensichtlich macht nicht nur das Fernsehen dumm, sondern auch die Politik. **OL**

### Geburtstage

20.12., 84 Jahre, Genn. Ursula Cieslak  
03.01., 86 Jahre, Genn. Brigitta Dörl  
12.01., 84 Jahre, Gen. Alfons Zwick

*Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!*



Aus Eulenspiegel Nr. 12/08

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)  
E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.